

**Die Bürgerstiftung Unser Land! – Rheingau und Taunus hat anlässlich der Kommunalwahl 2021 die Parteien und Wählergemeinschaften (außer der AfD) in Wiesbaden und im Rheingau-Taunus-Kreis um Beantwortung der nachfolgend aufgeführten Fragen gebeten.**

**DIE Linke. hat nicht geantwortet**

Welche Ziele und Schwerpunkte setzen Sie ganz konkret im Themenbereich der Nachhaltigkeit in der kommenden Legislaturperiode?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unsere Stadtverwaltung ist einer der digitalen Vorreiter unter den deutschen Großstädten und diese Position wollen wir noch ausbauen. Deshalb fordern wir, dass Wiesbaden die Chancen von Smart Cities nicht nur im Bereich der Verkehrssteuerung nutzt, sondern auch für andere Sektoren des Lebens in der Stadt im Sinne einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung anwendet.</li> <li>• Die Beibehaltung, der Schutz und die Förderung unserer Grünflächen, Landschafts- und Naturschutzgebiete ist uns ein Grundanliegen im Hinblick auf unsere Verantwortung für kommende Generationen. Daher beabsichtigen wir die Förderung der Umweltbildung und des nachhaltigen Handelns.</li> <li>• Eine stabile Finanzlage ist die Basis für den Erfolg von morgen. Wir möchten deshalb die Finanzmittel sinnvoll und zielgerichtet einsetzen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass eine nachhaltige und generationsgerechte Finanzpolitik durch Finanzsolidität erreicht wird.</li> </ul>	<p>Da der Themenbereich „Nachhaltigkeit“ vieles umfasst und in den folgenden Fragen konkretisiert wird, verzichten wir hier auf eine Antwort, um Doppelungen zu vermeiden. Auch innerhalb der folgenden Fragen (etwa die Verbindung Landwirtschaft zur Artenvielfalt) versuchen wir Doppelungen zu vermeiden.</p>	<p>Nachhaltigkeit ist ein Grundprinzip grüner Politik. Schwerpunkte der kommenden Amtszeit sind für uns entschiedener Kampf gegen die Folgen des Klimawandels, Verkehrs- und Energiewende. Näheres bei den folgenden Punkten.</p>	<p>Das Einbremsen des Klimawandels und die notwendige Klimaanpassung und die erfolgreiche Verbindung von ökologischen und ökonomischen Zielen wird die Kommunalpolitik auf absehbare Zeit begleiten.</p> <p>Dazu gehören die notwendigen Investitionen, die auch Wiesbaden tätigen muss, um unseren Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu leisten. Der Großteil der zur Erreichung der Ziele notwendigen Maßnahmen und Programme wird jedoch auf höherer Ebene getroffen. Der Schwerpunkt der Freien Demokraten wird daher auf Programme zur Klimaanpassung liegen. Hier besteht akuter Handlungsdruck um die hohe Lebensqualität Wiesbadens auch in Zeiten der Klimaerwärmung zu erhalten. Wir haben hierzu in unserem Wahlprogramm mehrere Vorschläge gemacht, die von der Fassadenbegrünung über zusätzliche Wasserflächen bis zu einem Aufstufungsprogramm reichen.</p>	<p>Da Wiesbaden den Klimanotstand ausgerufen hat, sollten sämtliche Projekte auf ihre Auswirkungen auf Klima und Umwelt überprüft werden.</p>

Welche Ziele und Vorhaben zur Verkehrswende sind für Sie besonders relevant?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Wir stehen zum Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes ebenso wie für sichere Fußwege in der Stadt und wollen hier im kommenden Jahrzehnt weitere Fortschritte erzielen. Wir lehnen jedoch eine „Verkehrswende“ ab, die einseitig nur zu Lasten des Individualverkehrs geht. In der aktuell stark polarisierten Debatte, die scheinbar nur die Verbannung oder die Glorifizierung des Autos kennt, ist die CDU die Stimme der Vernunft, die zwischen den unterschiedlichen Interessen zu vermitteln versucht. Wir wollen Anreize dafür schaffen, dass der Umstieg vom Auto auf den Nahverkehr oder das Rad attraktiver wird. Wir lehnen jedoch jede Form der Bevormundung ab. Eine Politik, die bewusst Verkehrsstaus provoziert, hilft weder der Umwelt noch wird sie die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener von anderen Mobilitätskonzepten überzeugen, sondern nur das politische Klima weiter vergiften.</p> <p><i>Wiesbaden und der Verkehr in unserer prosperierenden Region</i></p> <p>Wiesbaden kann seine Verkehrsprobleme nur im Verbund mit dem Umland lösen. Die Landeshauptstadt ist ein wichtiges Ziel für Pendler, Standort für Unternehmen und Dienstleister und eine Einkaufsstadt. Deswegen wollen wir</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Aartalbahn als wichtiges Verkehrsmittel auf ihrer bisherigen Trasse bis zum Hauptbahnhof wieder in Betrieb nehmen, dabei zusätzliche Haltepunkte im Stadtgebiet schaffen und mit einer attraktiven Taktung eine Alternative zu Bus und Auto bieten. Eine direkte Anbindung Richtung Mainz und/oder Frankfurt wollen wir prüfen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Günstiger Nahverkehr (365€ Ticket)</li> <li>• Ausbau der Taktung, der Verbindungen und der Pünktlichkeit des ÖPNV</li> <li>• Nachhaltige Antriebstechnik (Elektro und Wasserstoff) im ÖPNV</li> <li>• Ausbau des Radverkehrs (Radschnellwege, Fahrradschutzstreifen, Investitionsprogramme für E-Bikes und Lastenräder)</li> <li>• Ausbau des Schienenverkehrs (Wallauer Spange, Ländchsbahn, Rheinschiene, Aartalbahn),</li> </ul>	<p>Wiesbaden ist die erste Stadt in Deutschland, die das Dieselfahrverbot vor Gericht abwenden konnte. Voraussetzung hierfür war der ambitionierte Luftreinhalteplan des grünen Verkehrsdezernenten. Dessen Maßnahmen wollen wir weiter Schritt für Schritt umsetzen mit dem Ziel einer tatsächlichen Wahlfreiheit der Verkehrsmittel:</p>	<p>Wir wollen den ÖPNV attraktiver gestalten, gerade auch für Einpendler aus dem Rheingau-Taunus-Kreis. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Absenkung der Tarife für Fahrkarten aus den Nachbargemeinden, die nicht bereits dem Tarifgebiet 65 angehören, bzw. eine Ausweitung des Tarifgebiets auf diese Orte.</p>	<p>Wichtigstes Ziel wäre für uns die Reaktivierung der Aartalbahn, für wichtig halten wir auch einen sinnvollen Ausbau des Radverkehrsnetzes und mehr gut an den ÖPNV angebundene Park and Ride Parkplätze, wichtig wären außerdem Quartiersgaragen.</p>

Welche Ziele und Vorhaben zur Verkehrswende sind für Sie besonders relevant?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Wallauer Spange mit einem Halt in Delkenheim zeitnah umsetzen, um Frankfurt und den Flughafen noch schneller zu erreichen.</li> <li>Die Ländchesbahn weiter ausbauen.</li> <li>Den Durchgangsverkehr aus der Stadt möglichst weiträumig umleiten, um für weniger Verkehr und bessere Luft zu sorgen.</li> <li>Eine weitere Rheinbrücke bauen, die Platz für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer bietet.</li> </ul> <p><i>Autoverkehr</i></p> <p>Das Auto ist und bleibt ein wichtiges Verkehrs- und Transportmittel. Pendler, Gewerbe und Handel sind genauso darauf angewiesen wie Familien und Seniorinnen und Senioren. Deswegen wollen wir in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Durch die digitale Verkehrssteuerung der Autoverkehr in der gesamten Stadt besser und flüssiger läuft.</li> <li>Parkhäuser unter den vorhandenen Autobahnbrücken errichtet werden in Verbindung mit der Einrichtung von Buslinien und Fahrradgaragen.</li> <li>Parkplätze bezahlbar und in großem Umfang in Parkhäusern und -garagen zur Verfügung stehen, um den Parksuchverkehr stark zu verringern. Dazu gehört für uns auch, dass die begonnene Rekommunalisierung der Parkhäuser bzw. von deren Verwaltung fortgesetzt wird, um städtischerseits Gebühren, Vermarktung und Auslastung besser steuern zu können.</li> <li>Das Parken innerhalb des historischen Fünfecks weiter reduziert wird, sobald Alternativen zur Verfügung stehen. Damit wird die Aufenthaltsqualität im urbanen Raum gesteigert.</li> <li>In den innerstädtischen Wohnbezirken mit hohem Parkdruck die Sicherheit gewährleistet ist und Rettungsfahrzeuge jederzeit durchkommen.</li> <li>Quartiersgaragen geschaffen werden, die aus dem Garagenfonds finanziert werden. Dabei sollen innovative Lösungen wie kleinere automatisierte Parksyste me auf geringem Platz für viele Stellplätze sorgen.</li> <li>Das verkehrsbehindernde Parken in zweiter Reihe und auf Radwegen konsequent unterbunden wird.</li> <li>Das städtische Baustellenmanagement wieder gewährleistet, dass große wie kleine Baustellen soweit möglich zu verkehrsarmen Zeiten eingerichtet werden und die Maßnahmen so aufeinander abgestimmt werden, dass Ausweichrouten nicht zeitgleich auch betroffen sind.</li> <li>Auto-Poser und andere rücksichtslose Verkehrsteilnehmer stärker belangt werden. Den Kontrolldruck in diesem Problemfeld werden wir erhöhen.</li> <li>Die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum deutlich verbessert wird.</li> <li>Alternativen zum eigenen Auto gefördert werden. Wir wollen deswegen Carsharing stärken und die Förderung von Lastenrädern fortsetzen.</li> </ul> <p><i>Öffentlicher Nahverkehr</i></p> <p>Der ÖPNV in Wiesbaden schultert bereits heute einen erheblichen Teil der innerstädtischen Mobilität. Die hohe Auslastung und teilweise Überlastung des Bus-Systems zeigt diesen Erfolg deutlich.</p>	<p>allerdings abhängig von Entscheidungen und Finanzierungen von Bund und Land.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Digitalisierung des Verkehrs und des Parkraums zur besseren Steuerung</li> <li>Ausweitung von 30er Zonen, Tempo 30 nachts an stark bewohnten Hauptstraßen</li> <li>Reduzierung des Autoverkehrs im historischen Fünfeck</li> <li>Ausbau von P &amp; R-Parkplätzen, z. B. auch auf der Eisernen Hand.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umrüstung der kompletten Busflotte auf Elektrobusse, besserer Linienverkehr zwischen den Vororten, Einführung einer 365-Euro-Jahreskarte.</li> <li>Ausbau des schienengebunden ÖPNVs inklusive der erneuten Prüfung der Reaktivierung der Aartalbahn einschließlich der Anbindung an den Wiesbadener Hauptbahnhof sowie den Bahnhof Wiesbaden-Ost. Barrierefreie, attraktive und helle Zugänge zu den Bahnhöfen sowie Umstiege zum Bus, Fahrradabstellanlagen, Carsharing- und Bikesharing- sowie P+R-Angebote.</li> <li>Förderung des Radverkehrs: Weiterer Ausbau des Radwegegrundnetzes und Realisierung der bereits in Planung befindlichen Radschnellwegen nach Mainz, Frankfurt und Taunusstein. Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hbf, abschließbare Fahrradboxen sowie überdachte Fahrradstellplätze in den Quartieren und an allen weiteren Bahnhalt epunkten.</li> </ul>	<p>Durch die Aufhebung der Mindestabnahme von JobTickets für Unternehmen, wollen wir auch klein- und mittelständische Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das JobTicket anbieten zu können. Die Radwegeverbindungen ins Umland wollen wir verbessern und setzen uns beim Land für eine Erhöhung der Mittel ein, damit Freizeitradler und Radpendler auf gut ausgebauten Radstraßen ihr Ziel schnell und umweltfreundlich erreichen. Mit der Reaktivierung der Aartalbahn wollen wir die traditionelle Schienenverbindung zwischen dem Vorder taunus und Wiesbaden wieder aufleben lassen. Die Ländchesbahn soll zukünftig häufiger fahren und alle Fahrten mindestens bis Idstein geführt werden. Mittelfristig würden wir eine Verbindung beider Bahnen zu einer Ringlinie begrüßen.</p>	

Welche Ziele und Vorhaben zur Verkehrswende sind für Sie besonders relevant?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Wir wollen daher</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das seit Jahrzehnten nicht grundlegend veränderte Busnetz bedarfsgerecht neu strukturieren.</li> <li>• Tangentiallinien außerhalb des Stadtkerns zur Verbindung der äußeren Stadtbereiche einführen.</li> <li>• über die Schiersteiner Brücke wieder einen öffentlichen Personennahverkehr etablieren.</li> <li>• gemeinsam mit dem RMV den Nahverkehr digitalisieren, indem Verkehrsmittel in einer App verknüpft und komfortabel mit dem Handy bezahlt werden können.</li> <li>• das perspektivische Ziel eines 365-Euro-Tickets für alle erreichen, wenn die Kapazitäten dafür ausreichend sind.</li> </ul> <p><i>Radverkehr</i></p> <p>Das Potenzial des Radverkehrs ist in Wiesbaden bei weitem nicht ausgeschöpft. Die zunehmende Verbreitung von E-Bikes gewährleistet auch in unserer topographisch anspruchsvollen Stadt eine stärkere Zunahme dieses Verkehrsmittels. Dabei steht für uns im Vordergrund, dass in den kommenden Jahren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das Radwegenetz jenseits der Hauptverkehrsstraßen ausgebaut wird. Analog zur Hollerbornstraße wollen wir parallel verlaufende komfortable autoarme Radrouten schaffen. Dafür kommen etwa die Konradinerallee oder die Salzbachroute in Frage.</li> <li>• der vollständige Ausbau des Mittelstreifens am Ersten Ring und an der Rheinstraße gerade für langsamere Radfahrer eine attraktive Alternative zu den Umweltpuren schafft.</li> <li>• in der Innenstadt und am Hauptbahnhof weitere sichere Fahrradstellplätze geschaffen werden sowie moderne, unterirdische Fahrradgaragen gebaut werden, die das städtische Gesamtbild nicht negativ beeinflussen.</li> <li>• der Radverkehr stärker durch Polizei- und Ordnungsbehörden kontrolliert wird.</li> </ul> <p><i>Fußgänger</i></p> <p>Zu Fuß zu gehen ist nicht nur gesund, sondern stellt in der Stadt eine wichtige Option dar. Wir wollen daher, dass Fußgänger alle Ziele in der Stadt sicher und ohne Hindernisse erreichen können. Daher beabsichtigen wir, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• an jedem Fußgängerüberweg tastbare und hörbare Signale die sichere Überquerung für beeinträchtigte Menschen gewährleisten.</li> <li>• an jedem Fußgängerüberweg der Bordstein für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer und Kinderwagen abgesenkt ist.</li> <li>• Barrieren, insbesondere bei der Einrichtung von Baustellen, auf ein Minimum reduziert werden.</li> <li>• sichere Wege zu den Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen werden.</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalisierung der Verkehrssignalanlagen, Parkplatzmanagement, Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, weitere P&amp;R-Angebote</li> </ul>	<p>Den Umstieg auf lokal emissionsfreie Antriebsarten wollen wir vorantreiben. Dafür haben wir uns vorgenommen, die Ladeinfrastruktur für E-Autos in Wiesbaden mithilfe privater Partner auf skandinavisches Niveau zu bringen, um so auch Menschen zum Umstieg auf E-Mobilität zu bewegen, die zuhause oder am Arbeitsplatz bisher keine Gelegenheit haben, ihr Auto zu laden.</p>	

Welche Vorhaben sind zur Energiewende für Sie besonders relevant?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Der Schutz der Umwelt und des Klimas ist ein wichtiges Ziel unserer Politik, aber nicht das einzige. Das bedeutet für uns, dass alle Maßnahmen nach direktem Nutzen für das Klima gegenüber Erschwernissen für die Bürgerinnen und Bürger abgewogen werden müssen. Daher treten wir ein für Förderprogramme für Energieeinsparmaßnahmen und Umstellung auf alternative Energieerzeugung.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortführung und Ausbau von Energiesparprogrammen zum energieeffizienten Sanieren, zur CO2-Reduzierung in Wohngebäuden, zur Sanierung bei denkmalgeschützten Gebäuden und zur Förderung von Solarstrom</li> <li>• Schnellere Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes</li> <li>• Ausweitung der Arbeit der Bürgersolaranlagen GmbH mit neuen Projekten</li> <li>• Programm zur umfassenden wärmetechnischen Modernisierung des gesamten städtischen Gebäudebestands. Finanzierung eines Klimafonds zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude aus Rücklagen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (mittels Abführung von Gewinnen und Rücklagen an die Stadt)</li> <li>• Blockheizkraftwerke in geeigneten Quartieren, wo möglich und vom Aufwand her vertretbar ein Anschluss an das Fernwärmenetz</li> <li>• Aufbau eines städtischen Energiemanagements und Energiestadtplans</li> <li>• Fortführung und Ausweitung des Projektes Emi, bei dem Schulgemeinden für energiesparendes Verhalten finanziell belohnt werden</li> </ul>	<p>Wir wollen die Energiewende durch mehr Energieeffizienz voranbringen und die Wärmewende einläuten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reduktion der Treibhausgase bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990</li> <li>• klimaneutrale Stadtverwaltung und Beteiligungen bis 2030</li> <li>• Förderung der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie</li> <li>• verstärkte Anstrengungen bei Wärmeschutzmaßnahmen an Gebäuden – neue Quartiere sollen im Passivhausstandard errichtet werden, für Bestandsmodernisierung soll der KfW-Standard 55 gelten</li> <li>• die bereits überdurchschnittliche Sanierungsquote bei städtischen Wohnungen wollen wir verdoppeln</li> <li>• Aufstockung des Klimaschutzfonds</li> </ul>	<p>Bereits in den vergangenen Jahren ist es gelungen, den Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Wiesbaden deutlich zu senken. Daran wollen wir anschließen. Das größte Potential sehen wir dabei bei der Verringerung der Wärmeverluste. Der große Altbaubestand in Wiesbaden verursacht einen hohen Energieverbrauch (Strom, Gas, etc.). Wir wollen über kommunale Förderprogramme private Hausbesitzer dazu ermutigen, in energieeffiziente Sanierungen und Modernisierungen zu investieren. Die Stadt soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Liegenschaften ebenfalls modernisieren, bzw. bei Neubauten auf einen möglichst hohen Energiestandard achten.</p> <p>Wir wollen Wiesbaden und Umgebung zudem zu einer Vorbildregion für den Einsatz von Wasserstoff machen. Wasserstoff ist eine der derzeit besten Möglichkeiten, erneuerbare Energien zu "speichern". Das Potential für die industrielle Verwendung von Wasserstoff ist besonders hoch und kann so gleichzeitig Klima schützen und der Industrie eine Zukunft geben. Daran anschließend wollen wir in den nächsten fünf Jahren möglichst große Schritte in Richtung Smart Grids gehen, die zukünftig zeitlichen Unterschiede zwischen Energieerzeugung und Energieverbrauch überbrücken können.</p>	<p>Für relevant halten wir den Ausbau der Solarenergie. Wiesbaden hat viele ungenutzte aber geeignete Dachflächen, auf denen dies möglich wäre. Das sollte man nutzen.</p>

Wie stehen Sie zum weiteren Ausbau der Windenergie im Taunus? Wo sehen Sie Möglichkeiten Windkraftanlagen aufzustellen? Auf welchen Flächen lehnen Sie Windkraftanlagen ab?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Die Frage stellt sich nur, wenn Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Rahmen des Regionalplans auf Wiesbadener Gebiet rechtskräftig ausgewiesen werden. Grundsätzlich begleiten wir die Planungsprozesse skeptisch, insbesondere aufgrund der Erkenntnisse zu Grundwasser-, Natur- und Denkmalschutz.</p>	<p>Wir stehen zu dem Projekt Windenergie auf dem Taunuskamm in seiner geplanten Form. Die Ablehnung resp. Nichtgenehmigung durch das Regierungspräsidium, aber vor allem die Gründe hierfür sind für uns nicht nachvollziehbar. In dem gesamten Verfahren bis zur Beantragung der Genehmigung wurde äußerst transparent gearbeitet und alle Bedenken wurden bis ins Detail beleuchtet. Gerade für den Schutz des Grundwassers gibt es ein ausführliches Sicherungskonzept, das noch detaillierter ist als es in anderen, teilweise vergleichbaren Projekten der Fall war/ist. Leichtfertig wird hier sicher nicht gehandelt. Das Land Hessen erschwert die allerdings Umsetzung enorm. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, warum ein grüner Landesminister und eine grüne Regierungspräsidentin das Projekt in Wiesbaden erschwert bzw. verhindert. Zumal die proklamierten Ziele der Hessischen Landesregierung bezüglich der Erneuerbaren Energien schon nicht sehr ambitioniert sind.</p> <p>Arten- und Naturschutz dürfen dem Ziel der sauberen Energiegewinnung nicht untergeordnet werden. Aber klar ist auch, dass dies immer ein Abwägungsprozess ist. An den Stellen, an denen die Windhöflichkeit gegeben ist, sind per se erst einmal Windkraftanlagen möglich. Diese sind aber immer im Einzelfall genau zu prüfen und alle Aspekte abzuwägen.</p>	<p>Windkraft ist ein entscheidender Bestandteil der Energiewende und die Energiewende ist für den Klimaschutz unverzichtbar. Wir unterstützen deshalb den 30-MW-Windpark auf der hohen Wurzel. Darüber hinaus wollen wir die Beteiligung von ESWE-Versorgung an verschiedenen Windkraft-Projekten außerhalb Wiesbadens in der kommenden Wahlperiode mindestens verdoppeln.</p>	<p>Die FDP Wiesbaden lehnt den Windpark auf dem Taunuskamm ab, da die Fragen zur finanziellen Tragfähigkeit des Projektes ungeklärt sind und das RP Darmstadt signifikante Gefährdungen der Wiesbadener Trinkwasserversorgung befürchtet. Unser Spitzenkandidat Christian Diers hat bereits 2015 das erfolgreiche Bürgerbegehren initiiert, das einen Bürgerentscheid über das Vorhaben vorsieht. Die Entscheidung über die Durchführung des Bürgerentscheides liegt nun beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel. Die Stadt beteiligt sich über ESWE Versorgung bereits heute an verschiedenen Windparks in ganz Deutschland, die über eine bessere Wirtschaftlichkeit verfügen und leisten so ihren Beitrag.</p>	<p>Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie im Taunus ab. Windkraftanlagen sind nicht nur eine optische Verschandelung der Landschaft, sie haben auch negative Auswirkungen auf Vögel und Fledermäuse. Auch die Auswirkungen, die solche Bauten auf den Wasserhaushalt bzw. die Wassergewinnung im Taunus haben können sind nicht positiv zu bewerten.</p>

Welche Ziele und Vorhaben verfolgen Sie zur Nachhaltigkeit im Bereich Landwirtschaft und Weinbau in der Region?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Die Beibehaltung, der Schutz und die Förderung unserer Grünflächen, Landschafts- und Naturschutzgebiete ist uns ein Grundanliegen im Hinblick auf unsere Verantwortung für kommende Generationen. Daher beabsichtigen wir die Wiesbadener Landwirte dabei weiter zu unterstützen, lokal und saisonal hochwertige und gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Gleiches gilt für den Weinbau, der traditionell herausragende Weine hervorbringt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Feldwegesatzung der Stadt Wiesbaden von 1983 durch eine zeitgemäße Satzung, die die Pflichten der Nutzer neu regelt, ersetzen</li> <li>● Der Einsatz von Glyphosat auf städtischen Flächen wird verboten. Pachtverträge sollen bei Neuverhandlung entsprechend angepasst werden.</li> <li>● Auf städtischen Flächen/Wiesbadener Gemarkung und besonders in Landschaftsschutzgebieten soll der Ökolandbau Vorrang haben</li> <li>● Erhöhung des Ökolandbauanteils auf städtischen Flächen bei Neuvergaben auf mindestens 30% in zehn Jahren</li> <li>● Verpachtung von städtischen Flächen nur noch mit Naturschutzauflagen, bzw. an vorwiegend ökologisch arbeitende Betriebe</li> <li>● Öffnung des Schlachthofes der WJW auf der Domäne Mechtildshausen für private Dritte, auch aus konventioneller Landwirtschaft. Das ist ein Kompromiss zu Gunsten der kürzeren Transportwege für das Schlachtvieh</li> <li>● Aufbau von Vertriebswegen und Lieferdiensten für regionale ökologisch nachhaltige Produkte über die WJW</li> <li>● Landwirtschaft und Natur- und Artenschutz stehen sich nicht unvereinbar gegenüber. An vielen Stellen gehen sie Hand in Hand. Viele Landwirte kümmern sich heute schon gut um ihre Flächen. Dies wollen wir fördern und andere anregen, sich zu beteiligen.</li> <li>● Mit den Ortslandwirten und den Kleingärtnern wollen wir in einvernehmlichem Dialog erreichen, dass sie einen Teil ihrer bewirtschafteten Flächen dauerhaft als Insektenlebensräume einrichten. Gerade wild bewachsene Ackerrandstreifen haben eine große Bedeutung für die Vernetzung im Biotopverbundsystem und für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Diese Randflächen sind als Lebensräume gefährdeter Offenlandarten wie Rebhuhn, Wachtel, Goldammer, Feldlerche usw., auch für Insekten, Würmer, Schnecken und für eine Vielzahl von Mikroorganismen von existentieller Bedeutung. Soweit sie im Rahmen der Feldbewirtschaftung durch Unterpfügen oder durch das Befahren mit breitem Ackergerät untergegangen sind, streben wir im Einvernehmen mit den Ortslandwirten ihre Wiederherstellung und ihre dauerhafte Pflege an. Sie haben als Netzwerk ökologischer Korridore für den Naturschutz in der Feldflur hochrangige Bedeutung.</li> </ul>	<p>Wir wollen den ökologischen Landbau fördern und die Domäne Mechtildshausen als Lehr- und Anschauungsbetrieb unter dem Bioland-Siegel ausbauen. Bei der Verpachtung stadt-eigener landwirtschaftlicher Flächen wollen wir die Bewirtschaftung nach ökologischen Kriterien festschreiben. Betriebe im Obst- und Weinbau wollen wir im Sinne des Ökolandbaus unterstützen. Die Direktvermarktung lokal erzeugter Lebensmittel über Hofläden und Marktstände wollen wir weiter fördern und ausbauen. Zudem fördern wir die direkte Belieferung städtischer Einrichtungen wie etwa Kindertagesstätten. Wir setzen uns für die Gründung einer kommunalen Arbeitsgruppe „Umweltgerechte Landwirtschaft“ ein. Sie soll gewährleisten, dass der Weg hin zu einem ökologischen Umbau der Landwirtschaft von konstruktivem Dialog und Miteinander geprägt ist.</p>	<p>Wir wollen die heimischen Winzer und Landwirte durch mehr Möglichkeiten zur Direktvermarktung ihrer Produkte, z. B. auf den Wiesbadener Märkten unterstützen.</p>	<p>Langfristig sollte ein Umbau hin zu ökologischer Landwirtschaft und Weinbau erfolgen.</p>

Welche Ziele und Vorhaben verfolgen Sie zur Nachhaltigkeit im Bereich Forstwirtschaft und Waldentwicklung im Taunus?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<ul style="list-style-type: none"> <li>● Die Einrichtung von Lebensräumen für bestäubende Insekten auf ungenutzten Grünflächen im Stadtgebiet, etwa auf dem Straßenbegleitgrün.</li> <li>● Die Förderung der Umweltbildung und des nachhaltigen Handelns.</li> <li>● Den gesetzlichen Schutz von Streuobstwiesen zu erhalten und zu gleichen</li> <li>● Landwirten zu ermöglichen, auf ihren Anbauflächen eine Erneuerung von bewirtschafteten Wiesen vorzunehmen.</li> <li>● Für einen wirksamen Hochwasserschutz an Bächen, Flüssen und Kanalsystemen, insbesondere bei Starkregenereignissen, zu sorgen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Aufforstung mit vielfältigen Baumarten, die mit den veränderten klimatischen Bedingungen besser zurechtkommen und widerstandsfähig sind.</li> <li>● Personalaufstockung, um den steigenden Herausforderungen des Waldes im Klimawandel gerecht zu werden</li> </ul>	<p>Der Wiesbadener Stadtwald ist seit vielen Jahren FSC-zertifiziert und wird nachhaltig bewirtschaftet. Inzwischen kämpfen wir mit den für alle sichtbaren Folgen des Klimawandels, der die Fichtenbestände flächenhaft absterben lässt und mittlerweile auch die Buchen massiv schädigt. Wie setzen auf rasche Wiederaufforstung mit Baumarten, die klimaresistenter sind. Für den Aufbau des Waldes von morgen müssen die Jungbäume durch effiziente Bejagung vor Wildverbiss geschützt werden. Die personellen und finanziellen Voraussetzungen für die wachsenden Anforderungen wollen wir sicherstellen.</p>	<p>Die Freien Demokraten fordern, dass sich der staatliche und städtische Forst schon jetzt stärker im Bereich der Klimaanpassung der Wälder engagieren. Aus unserer Sicht muss ernsthaft geprüft werden, ob und wie Baumarten in unseren Wäldern angesiedelt werden können, die mit trockeneren und heißeren Klimabedingungen zurechtkommen. Die Wiesbadener Wälder als Trinkwasserspeicher, CO<sub>2</sub>-Filter und Sauerstoffproduzent wollen wir schützen und setzen uns daher auch für verstärkte Aufforstungsmaßnahmen ein. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel wollen wir bereitstellen.</p>	<p>Im Hinblick auf den Klimawandel muss man über einen Umbau des Waldes, mit Bäumen, die an die geänderten klimatischen Verhältnisse angepasst sind, nachdenken.</p>

Welche Ziele und Vorhaben verfolgen Sie zur Nachhaltigkeit im Bereich Forstwirtschaft und Waldentwicklung im Taunus?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<ul style="list-style-type: none"> <li>Den Wiesbadener Wald weiterhin fit zu machen für die sich verändernden klimatischen Anforderungen. Das bedeutet insbesondere die Fortentwicklung zum klimatoleranten Mischwald. Ebenso braucht es Strategien für klimatisch bedingte, akut auftretende Krisenlagen wie Sturm, Waldbrand und Schädlingsbefall.</li> </ul>				

Welche Ziele und Vorhaben sind für Sie zur Sicherung der Kulturlandschaften und des kulturellen Erbes in der Region von besonderer Bedeutung?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Wir wollen die Vielfalt unserer lokalen Kunst- und Kulturszene stärken, da diese nach unserer Überzeugung einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt leistet und eine wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllt. Daher möchten wir</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Kinder und Jugendliche mit altersgerechten Angeboten an Kunst und Kultur heranführen, z. B. durch Projekte örtlicher Kulturschaffender.</li> <li>Die App „Kulturpfad“ aktualisieren, wiederbeleben und pflegen.</li> <li>Den Kulturentwicklungsplan nicht als abgeschlossenes Programm verstanden wissen, sondern diesen mit den Beteiligten in einem offenen Prozess stetig weiterentwickeln und fortschreiben, um flexibel auf neue Bedarfe und Optionen eingehen zu können.</li> <li>Die Kulturszene nachhaltig fördern und unterstützen.</li> <li>Das Walhalla wieder einer kulturellen Nutzung zuführen.</li> <li>Das Weltdokumentenerbe „Metropolis“ und weitere in der Stadt verwahrte Filmklassiker durch öffentliche Projektionen zugänglich machen</li> <li>Wiesbaden als Filmstadt stärken.</li> <li>Die Initiative „Mehr FreiRaum für die Kunst“ umsetzen, die Netzwerke schaffen soll, um Kunst und Kulturschaffenden die nötigen Räumlichkeiten zu bieten.</li> <li>Ein queeres Zentrum als Anlaufstelle für Menschen der LSBTIQ-Community realisieren.</li> <li>Die Förderung von Projekten der freien Szene fortsetzen und erweitern.</li> </ul> <p>Wir wollen Wiesbadens kulturhistorisches Erbe sichern und erlebbar machen. Aus diesem Grund fordern wir</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>die Idee des Stadtmuseums neu zu denken, z. B. durch Prüfung, ob dessen Neubau in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und dessen Ziel eines „Hauses der hessischen Geschichte“ als „Historisches Zentrum für Stadt- und Landesgeschichte“ realisiert werden kann.</li> <li>das Stadtarchiv und die Kunstarche besser auszustatten.</li> <li>Schilder und Stelen, die das „historische Wiesbaden“ sowohl für Einheimische als auch für Touristinnen und Touristen – analog und digital – erlebbar machen.</li> </ul> <p>Das Staatstheater Wiesbaden ist eines der kulturellen Aushängeschilder der Stadt, das in seiner Arbeit und für die Stadtgesellschaft gestärkt werden muss. Zu diesem Zweck möchten wir</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>die Unterstützung der Internationalen Maifestspiele und Förderung der theaterpädagogischen Arbeit in Kitas und Schulen fortführen.</li> <li>eine weitere Öffnung des Theaters gegenüber der Stadtgesellschaft anstreben, z. B. durch Beiträge für Stadtteilkulturtage.</li> <li>jährliche Open-Air-Veranstaltungen mit Live-Übertragung und Aufführungen in Parkanlagen anregen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhalt der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft</li> <li>Finanzielle Unterstützung für Besitzer von Streuobstwiesen</li> <li>Übernahme der Ernte durch soziale Einrichtungen oder Freigabe für die Allgemeinheit</li> </ul>	<p>Wir wollen, dass Streuobstwiesen erhalten und gepflegt sowie entsprechend agroforstlicher Konzepte neu angelegt werden. Für unbewirtschaftete Streuobstwiesen soll eine Vermittlungsbörse eingerichtet werden, um Interessierten, die dort ihr eigenes Obst erzeugen möchten und zur Pflege der Flächen bereit sind, den Zugang zu erleichtern.</p>	<p>Die Freien Demokraten setzen sich für die Wahrung der Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt und kulturhistorischen Bedeutung, insbesondere in den Außenbereichsflächen (Taunuskamm und Bewaldung) ein.</p> <p>Die geschichtlichen Spuren und Traditionen in der Region und in der Stadt Wiesbaden insbesondere aus der Römerzeit wollen wir im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankern und das römische Erbe unserer Stadt pflegen.</p> <p>Die Freien Demokraten werden sich auch weiterhin für den Erhalt des Wiesbadener Stadtbildes einsetzen, das von einer Vielzahl historischer Bauten geprägt ist und der Stadt Flair verleiht. Denkmalschutzrechtliche Belange sind dabei bei allen Entscheidungen miteinzubeziehen.</p>	<p>Maßnahmen gegen die Zersiedlung der Landschaft halten wir für ebenso wichtig, wie eine bessere Unterstützung der Denkmalpflege.</p>

Welche Ziele und Vorhaben sind für Sie zur Sicherung der Kulturlandschaften und des kulturellen Erbes in der Region von besonderer Bedeutung?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<ul style="list-style-type: none"> <li>Wiesbadens Städtepartnerschaften wollen wir pflegen und fortentwickeln. Daher werden wir</li> <li>einen jährlichen „Tag der Städtepartnerschaften“ mit Präsentationen und Kulturveranstaltungen initiieren.</li> <li>die Neuberechnung der städtischen Zuschüsse für die Partnerschaftsvereine anstoßen, damit sie heutigen Anforderungen entsprechen.</li> <li>eine Städtepartnerschaft mit einer US-amerikanischen Stadt initiieren.</li> </ul>				

Welche Vorhaben sind für Sie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und des natürlichen Erbes in der Region von besonderer Bedeutung?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Wir sind für die / den</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Anlage von Schmetterlings- und Bienenweiden, z. B. durch den Einsatz spezieller Saatgutmischungen.</li> <li>Einrichtung von Lebensräumen für bestäubende Insekten auf ungenutzten Grünflächen im Stadtgebiet, etwa auf dem Straßenbegleitgrün.</li> <li>Umsetzung der Biodiversitätsstrategie zum Erhalt einer möglichst großen Artenvielfalt.</li> <li>Förderung der Umweltbildung und des nachhaltigen Handelns.</li> <li>Erhalt und den gesetzlichen Schutz von Streuobstwiesen und zugleich den Landwirten zu ermöglichen, auf ihren Anbauflächen eine Erneuerung von bewirtschafteten Wiesen vorzunehmen.</li> <li>Ausstattung der die städtischen Grünflächen mit geeigneten Dauerbewässerungssystemen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausweitung von Grünflächen und Baumstandorten, um das innerstädtische Mikroklima vor Überhitzung zu schützen</li> <li>Umsetzung des Programmes „Bäche ans Licht“, Renaturierung von Bächen</li> <li>Neu- und Ersatzpflanzungen für klimaresistente Bäume und Sträucher</li> <li>Ausweisung der von den Naturschutzverbänden vorgeschlagenen Naturschutzgebiete: „Aussicht“ in Bierstadt, „Scheuerling“ in Breckenheim, „Leierkopf“ in Frauenstein und die Gebiete „Heide“ und „Hintere Heide“ in Kostheim.</li> <li>Ausbau des Biotopverbundes rund um das Gebiet Kalkofen im Rahmen der Entwicklung des Ostfeldes</li> </ul>	<p>Unser Ziel ist eine durchgängige Grünvernetzung (Biotopvernetzung) auch im Siedlungsbereich. In der Feldflur ist der Artenrückgang besonders dramatisch, hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir wollen daher Vertragsnaturschutzprojekte ausbauen und neue Konzepte, wie etwa die Anlage von Feldbiotopen als „Ökokontofflächen“, etablieren. Für die Landschaftspflege möchten wir, angepasst an die wachsenden Herausforderungen, ausreichende Mittel in den Haushalt einstellen.</p> <p>Wir setzen uns für die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete auf Wiesbadener Gemarkung ein und pflegen eine enge Zusammenarbeit mit Organisation 'Kommunen für biologische Vielfalt'.</p>	<p>Zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, der Pflanzen- und Tierwelt sowie der Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft muss die biologische Vielfalt in der Region bewahrt werden. Umwelt- und Naturschutz kann nach Auffassung der Freien Demokraten nur erfolgreich betrieben werden, wenn eine enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Bürgerinitiativen und Verbänden gewährleistet ist. Vor allem soll eine verstärkte Einbindung der Naturschutzverbände bei Pflegemaßnahmen bestehen bleiben. Die Inanspruchnahme der Fachkompetenz dieser Verbände erscheint uns unerlässlich. Die beachtlichen Leistungen der Umwelt- und Naturschutzverbände rechtfertigen eine entsprechende Förderung.</p>	<p>Der Naturschutz sollte stärker in den Vordergrund rücken.</p>

Welche Maßnahmen (finanzielle, personell, ...) wollen Sie zur Stärkung von Naturpark, Regionalpark und Landschaftspflegeverband ergreifen?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
<p>Uns ist daran gelegen, in und um Wiesbaden Naherholungsgebiete zu erhalten und aufzuwerten. Daher haben wir in der Vergangenheit bereits mehrfach die Mittel u.a. für den Naturpark aufgestockt und auf stabile Füße gestellt. Wir haben Regionalpark-Stationen gepflegt und attraktiv gestaltet. Die Maßnahmen können dabei vielfältig aussehen.</p>	<p>Die Bedarfe für einzelne Maßnahmen der Verbände sollten im Einzelfall konkretisiert werden. Sind diese plausibel und nachvollziehbar, werden diese auch in Zukunft wohlwollend von uns geprüft und mitgetragen. Hierzu sind wir auch ein Stück davon abhängig welche konkreten Bedarfe von den Verbänden artikuliert werden und welche über den Verbandsvorsitzenden in den finanzrelevanten Gremien kommuniziert werden.</p>	<p>Die Stärkung erfolgt sinnvollerweise im Dialog mit den genannten Organisationen und dem Nachbarkreis. Wir unterstützen eine Naturparkkampagne für Wiesbadener, um ihn in der Stadt bekannter zu machen. Wir treten auch für die Erweiterung des Naturparks nach Süden bis zur A66 ein, womit die Landschaften im Wiesbadener Osten Teil des Naturparks würden.</p>	<p>Die Freien Demokraten setzen sich für eine Überwindung der Kleinstaaterei in der Rhein-Main-Region. Deswegen wollen wir auch ein Beitrittsgesuch für den Regionalverband FrankfurtRheinMain prüfen.</p> <p>Bestehende Initiativen sollen weiterhin finanziell gefördert werden und die Institutionen für finanzielle Einbußen aus der Corona-Pandemie entschädigt werden. Die pandemische Lage darf nicht dazu führen, dass sinnvolle Programme finanziell ausbluten.</p> <p>Den Naturpark wollen wir weiter fördern und finanziell absichern, damit die erfolgreichen Initiativen weitergeführt werden können, insbesondere den Auf- und Ausbau der Programme zur "Bildung für Nachhaltige Entwicklung".</p>	<p>Der Beitrag der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Naturpark sollte erhöht werden.</p>

Wie stehen Sie zu einer möglichen Antragstellung einer UNESCO Biosphärenregion?				
CDU	SPD	GRÜNE	FDP	BLW
Wir haben die ergebnisoffene Prüfung zu den Möglichkeiten einer UNESCO Biosphärenregion unterstützt. Im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozesses hat sich jedoch herausgestellt, dass relevante Teile der direkt und indirekt betroffenen Wiesbadenerinnen und Wiesbadener das Projekt ablehnen. Wir sehen daher keine Basis für eine Umsetzung. Da der Prozess nach der Ablehnung durch den Rheingau-Taunus-Kreis landesseits eingestellt wurde, sehen wir derzeit keine Aktualität in der Frage.	Auf unsere Initiative im Umweltausschuss war ein Experten-Hearing dazu geplant, um das Thema zentral und öffentlich zu diskutieren. Allerdings hat die Landesregierung zu früh kommuniziert, dass das Projekt keine Zukunft habe. Wir bedauern diesen Schritt, da für uns noch nicht einmal die inhaltliche und fachliche Diskussion gestartet hat, die unter Umständen für eine bessere Akzeptanz unter den Landwirten und der Bevölkerung gesorgt hätten. In der neuen Wahlperiode erhoffen wir uns vom Land Hessen einen erneuten Vorschlag mit besserer Kommunikation und Einbindung aller beteiligten Kommunen und Landkreise	Bündnis 90/Die Grünen Wiesbaden sind eindeutig für das Projekt und die Antragstellung. Wir haben in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung das Projekt Biosphärenregion vorangetrieben. In Biosphärenregionen entwickeln und erproben lokale Akteur*innen gemeinsam Wege nachhaltiger Entwicklung. Sie sind also nicht in erster Linie Schutzgebiete, sondern sollen beispielhaft zeigen, wie ein Zusammenspiel ökologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung funktionieren kann. Wir sehen daher große Chancen sowohl in ökologischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht für alle Beteiligten in den drei Gebietskörperschaften.	Die Freien Demokraten haben die Einrichtung einer UNSECO-Biosphärenregion abgelehnt. Dem ungeklärten Mehrwert stehen beträchtliche Einschränkungen bei der zukünftigen Entwicklung unserer Region gegenüber. Das Rhein-Main-Gebiet ist einer größten europäischen Zuzugsmagneten. Dementsprechend müssen die Regionen auch in der Zukunft noch Möglichkeiten haben, Flächen für Gewerbe- und Wohnraumentwicklung auszuweisen. Die Errichtung einer UNESCO-Biosphärenregion würden die Möglichkeiten hierzu deutlich einschränken.	Der Antragstellung zur UNESCO Biosphärenregion stehen wir sehr kritisch gegenüber. Uns erscheint der Nutzen einer solchen Einstufung vor allem für die Landeshauptstadt Wiesbaden nicht schlüssig.